

Wirtschaftsausschuß unter Tage: Entwicklungsprojekt besichtigt

Der Wirtschaftsausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen hat am 30. Januar eine Grubenfahrt auf der Schachtanlage Erin in Castrop-Rauxel des Eschweiler Bergwerks-Vereins durchgeführt, um vor allem die Entwicklung des vollmechanischen Steinkohlenabbaus in stark geneigter Flözlagerung einmal vor Ort zu studieren. Anlässlich eines Besuches der vorjährigen Hannover-Messe hatten sich die Wirtschaftspolitiker bereits sehr umfassend über den Stand der modernen Abbaumaschinen informiert.

Ein weiterer Grund zum Besuch der Grube Erin war die Tatsache, daß zur Aktivierung der beträchtlichen in der stark geneigten und steilen Lagerung im Ruhrgebiet aufgeschlossenen und vorhandenen Vorräte das Land Nordrhein-Westfalen seit dem Jahre 1977 ein Entwicklungsprojekt auf der Steinkohlengrube Erin des Eschweiler Bergwerksvereins unterstützt. Die Gesamtkosten des Projektes betragen 75 Millionen DM, von denen das Land 50 Millionen DM übernommen hat.

Verbunden mit der Grubenfahrt war eine Besprechung mit Vertretern des Vorstandes, der Betriebsleitung und des Betriebsrates des EBV über Kohle- und Energieprobleme, die Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit des Ausschusses darstellen. Ausschußvorsitzender Hans Georg Weiss (CDU) dankte den Vertretern des EBV sehr herzlich für diese Informationsmöglichkeit.

Die Mitglieder des Ausschusses waren beeindruckt von den auf Erin angewandten Abbaufahrten, die ihre besondere Bedeutung durch die schwierigen Abbaubedingungen aufgrund der Flözlage erhalten.

Polizeigesetz . . .

Fortsetzung von Seite 8
trag ohne nochmalige Erörterung für die Abstimmungssitzung am 14. Februar entgegengenommen.

Da das Gesetz Aufgaben und Befugnisse der Polizei im Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr festlegen soll, hält die CDU-Fraktion eine Legaldefinition der verschiedenen Gefahrenbegriffe für angebracht. Klein hatte schon während der früheren Beratung gefordert, Klarheit zu schaffen, wo Begriffe ambivalent verwendet würden. Demgemäß beantragte die CDU-Fraktion, am Anfang des Polizeigesetzes die verschiedenen Begriffe konkreter und abstrakter Gefahr, der Gefahr im Verzuge und der Gefahrenabwehr, zu definieren.

Fritz Schreiber (SPD) kündigte an, seine Fraktion werde sich hierüber Gedanken machen und sich gegebenenfalls dem grundsätzlichen Anliegen anschließen. Es erscheine jedenfalls sinnvoll, ein Gesetz so klar zu fassen, daß es seiner Auslegung durch die Gerichte nicht bedarf. Damit widersprach Schreiber Innenminister Burkhard Hirsch (F.D.P.), der vor Perfektionismus warnte.

Porträt der Woche

Er hat, wie er rückblickend sagt, „eigentlich alles durch“. Werner Figgen (58) war Minister, Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender des größten Parteibezirks der SPD und auch ihr Landeschef, weit vorher jüngster Abgeordneter im Kreistag von Arnsberg und seinerzeit mit 34 Jahren auch einer der jüngsten Oberbürgermeister in der Bundesrepublik. Jetzt schickt er sich an, nur noch in dem Bereich tätig zu sein, dem seine „ganze Liebe“ gehört, der Kommunalpolitik.

Schon 1975 war Werner Figgen in den Rat seiner Wahlheimat Hamm zurückgekehrt und hatte als Vorsitzender der SPD-Fraktion „wie auch als ein Stück Integrationsfigur“ dazu beigetragen, die Wunden zu heilen, die die kommunale Neuordnung hier und da geschlagen hatte. Seit der Wahl vom 30. September letzten Jahres sitzt er auch wieder auf dem Sessel des Oberbürgermeisters. Wie er meint, „fester“, als dies bei einem Kräfteverhältnis von 30 (SPD) zu 29 (CDU) gemeinhin vermutet werden könne. Und der Erste Bürger in der heute 178 000 Einwohner zählenden Stadt Hamm will „mit vollem Einsatz“ dazu beitragen, daß sich bald auch die letzten Zweifler in Pelkum, Bockum-Hövel und Heessen unter dem gemeinsamen kommunalen Dach wohl fühlen.

Der am 9. November 1921 in der Freiheit Hüsten geborene Sauerländer Figgen selbst ist längst in der Stadt heimisch geworden, in die er Anfang der fünfziger Jahre übergewechselt war. Da stand der gelernte Dreher noch am Anfang seiner steilen politischen Karriere. 1946 war er der SPD beigetreten, war ein Jahr später Jugendsekretär in Warstein geworden und hatte hier viel Basisarbeit geleistet. Bei „oft abenteuerlichen Touren durchs schwarze Sauerland“ hatte er mehr als die Hälfte der SPD-Ortsvereine mitgegründet, 1950 wurde er dann Geschäftsführer des Unterbezirks Hamm. Chronologisch folgten die Stationen Stadtrat (1952), Oberbürgermeister (1956) und Bundestagsabgeordneter (1961). Nachdem Werner Figgen 1965 zum Chef des Bezirks Westliches Westfalen und stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt



Werner Figgen (SPD)

worden war, holte ihn Heinz Kühn im Dezember 1966 als Arbeits- und Sozialminister in sein Kabinett. 1970 zog Figgen auch in den Landtag ein, 1973 übernahm er den Parteivorsitz in NRW.

Doch zwei Jahre später kam das, was er heute den „großen Abbau“ nennt. Zunächst verzichtete er auf das Ministeramt, anschließend auf alle anderen überörtlichen Führungspositionen. Nicht ohne ein wenig Stolz erwähnt er dabei, daß dies „alles persönlicher Entschluß“ war: „Ich bin an keiner Stelle abgewählt worden.“ Und er bestreitet auch, daß Resignation im Spiel gewesen sei. Nein, irgendwann habe ihn einfach der Ehrgeiz verlassen.

Künftig will er sich nur noch zwei Aufgaben widmen, an der Basis, die er nie verlassen hat: Dem Ratsvorsitz und dem Vorsitz in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe. „Solche Ämter erfordern die ganze Arbeitskraft, das kann man nicht nebenbei machen“, hat Werner Figgen erkannt.

Ja, und ein bißchen mehr Zeit will er künftig auch für seine Liebhabereien haben: Die Jagd, die er „aber mehr als Ausgleich denn als ausgeprägtes Hobby“ betreibt, das Wandern in Sauer- und Münsterland und das Lesen. „Ich habe mein Leben lang viel gelesen. Ich hatte als Volksschüler nie eine andere Wahl, wenn ich weiterkommen wollte.“

Karlegon Halbach